

## Stellungnahmen / Pressemitteilungen

### 1950

Zahlreiche Eingaben gegen die sogen. Zölibatsklausel in § 63 Abs. 1 des Vorläufigen Deutschen Beamtengesetzes, wonach eine Frau im Falle ihrer Eheschließung entlassen werden konnte, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung dauernd gesichert war.

Protest gegen § 36 einer Verordnung des Landes NRW, wonach weiblichen verheirateten Beamten der Wohnungsgeldzuschuss nur in halber Höhe zu zahlen war.

Protest gegen Begründung zu Artikel 67 des Betriebsverfassungsgesetzes (RefE), in dem es heißt, dass durch Betriebssatzung festgelegt werden könne, dass Doppelverdiener, solange Arbeitslosigkeit besteht, im Betrieb nicht verwendet werden dürfen.

### 1951

Eingabe gegen Streichung einer Ausnahmeregelung in der DVO zum EStG, wonach bei unselbständig arbeitender Ehefrau getrennte Veranlagung erfolgte.

### 1952

Missbilligung der Laufbahnrichtlinien NRW, nach welcher junge Bewerber nicht vor Vollendung des 27. Lebensjahres heiraten dürfen und ihnen bei Zuwiderhandlung Dienstentlassung drohte.

Stellungnahme zum Kabinettsentwurf eines Familienrechtsänderungsgesetzes.

### 1953

Resolution (zusammen mit 17 Frauenverbänden) gegen Verlängerung der in Art. 117 GG gesetzten Frist, Missbilligung der verspäteten Vorlage sowie Kritik am Entwurf.

Ablehnung der Haushaltsbesteuerung, Forderung der Individualbesteuerung von Eheleuten.

Initiativantrag zur Änderung des RuStAG unter Hinweis auf Art. 117 GG und Art. 13 EGBGB.

### 1955

Stellungnahme gegen geplante Streichung des § 62 AVAVG, der bestimmte, daß Arbeitsvermittlung, Berufsberatung usw. für Frauen durch Frauen auszuüben ist.

Einzelvorschläge zum Gesetzentwurf zur Änderung und Vereinheitlichung familienrechtlicher Vorschriften (Anfechtung der Ehelichkeit, Ehelichkeitserklärung, Annahme an Kindes Statt).

### 1961

Stellungnahme zu § 48 Ehegesetz.

### 1963

Resolution der Mitgliederversammlung für die Wiedereinführung von § 160 StGB (E 1959, ethische Indikation bei Schwangerschaftsunterbrechung nach Notzuchtsdelikt).

Resolution der Mitgliederversammlung auf alsbaldige Anpassung des Höferechts an das Grundgesetz.

Resolution auf der mit einer Regionaltagung der FIDA verbundenen 15. Arbeitstagung in Baden-Baden: Die Teilnehmerinnen begrüßen die Entschließung der Konferenz

der Mitgliedstaaten über die Lohngleichheit für Männer und Frauen vom 30.12.1961.

### 1965

16. Arbeitstagung in Dortmund:

– Resolution zum Staatsangehörigkeitsrecht: Die geltende Rechtslage, nach der Kinder einer deutschen Mutter, die mit einem Ausländer verheiratet ist, nur die Staatsangehörigkeit des Vaters erhalten, ist verfassungswidrig.

– Erste Überlegungen zur Reform des Erbrechts des unehelichen Kindes.

Stellungnahme zu der vom BMJ gestellten Frage, ob ein Gesetz über freiwillige Unfruchtbarmachung erlassen werden und wie es ausgestaltet werden soll.

### 1966

Stellungnahme zum Referentenentwurf (BMJ) über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder.

### 1968

Stellungnahme zur Teilzeitarbeit für Beamtinnen und Richterinnen.

### 1971

Beschluss der außerordentlichen Mitgliederversammlung in Düsseldorf zur Änderung des § 218 StGB.

Eingabe betr. § 1355 BGB: für Beibehaltung des Mädchennamens oder Einführung eines Berufsnamens.

### 1972

Stellungnahme zu dem Entwurf eines ersten und zweiten Gesetzes zur Reform des Eherechts.

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Adoptionsrechts (Nr. 60/4).

### 1973

Weitere Stellungnahme zur Neuordnung des Adoptionsrechts.

Stellungnahme zur Frage der Grunderwerbssteuerbefreiung im Rahmen des ehelichen Güterrechts.

Entschließung: § 4 Abs. 1 Satz 1 RuStAG ist wegen Verstoßes gegen Art. 3 Abs. 2 GG verfassungswidrig. Auch die ehelichen Kinder einer deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters müssen mit der Geburt stets die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben.

### 1975

Stellungnahme gegenüber Bundesverfassungsgericht zur Versagung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Kosten der Kinderbetreuung für Berufstätige.

### 1976

Stellungnahme zur Anfrage des Bundesverfassungsgerichts betreffend die Anhebung der Witwenrente von 60 % auf 100 %.

## 55 Jahre Stellungnahmen / Pressemitteilungen

### 1977

Alternativentwurf des djb zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge.

### 1978

Teilnahme an der mündlichen Verhandlung des BVerfG am 14.3.1998 zur Höhe der Hinterbliebenenrente.

Teilnahme an Rundgesprächen des BMA zur eigenständigen sozialen Sicherung der Frau.

### 1979

Stellungnahme zu dem Bericht der Staatlichen Sachverständigenkommission für die Neuordnung der sozialen Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen.

Teilnahme an der Anhörung des BVerfG vom 27.–29.11.1979 über die Verfassungsmäßigkeit des neuen Scheidungsrechts und die Regelungen des Versorgungsausgleichs.

### 1981

Resolution zur Aufhebung des Ehegattensplitting zugunsten eines gleich hohen Kindergeldes für alle Kinder.

Resolution: djb fordert Aufhebung der durch § 33 a Abs. 3 Satz 1 EStG geschaffenen neuen Benachteiligung alleinerziehender Mütter und Väter beim einkommensteuerlichen Kinderbetreuungsabzug.

Teilnahme an der Anhörung des BVerfG am 26.5.1981 über die Verfassungsmäßigkeit des neuen Ehegattenunterhaltsrechts.

Stellungnahme zu den für Männer und Frauen unterschiedlich hohen Tabellenwerten für die ersten fünf Versicherungsjahre.

Erster Entwurf des djb zur Reform des Jugendwohlfahrtsrechts.

### 1982

Stellungnahme und Teilnahme an einem öffentlichen Hearing des BMJFG und des BMI am 21.1.1982 zu der Frage, ob die Situation der Frauen durch ein Antidiskriminierungsgesetz verbessert werden kann.

Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts (Neuregelung der Nichtigkeitserklärung einer Ehe und der Folgen der Nichtigkeitserklärung).

Stellungnahme zu einem Änderungsvorschlag des Landes Baden-Württemberg betreffend § 50 b Abs. 1 FGG.

Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Neuregelung des § 1579 Abs. 2 BGB.

Stellungnahme zur rentenrechtlichen Regelung bei der Gesetzesänderung zum Mutterschaftsgeld.

### 1983

Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht zur Verfassungsmäßigkeit des vorgezogenen Renteneintrittsalters für Frauen.

Teilnahme an der Anhörung zum Referentenentwurf eines 3. Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes – Juristenausbildung –.

### 1984

Teilnahme an einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zur Lebenssituation älterer Frauen.

Gespräch der 1. Vorsitzenden mit BJM Engelhard sowie mit dem rechtspolitischen Sprecher der FDP-BT-Fraktion Kleinert über Scheidungsfolgenrecht und nahehelichen Unterhalt.

Stellungnahme und Pressemitteilung sowie Teilnahme an der Anhörung im BMF am 8.3.1994 zum Referentenentwurf eines Steuerbereinigungsgesetzes 1985 vom 25.1.84.

Presseerklärung: Korrektur der Scheidungsreform ist Ausdruck einer rechtspolitischen Kehrtwendung.

Presseerklärung: djb fordert die Mitglieder des Deutschen Bundestages mit Nachdruck auf, die Vorschläge der Regierungsparteien zur Abänderung des Scheidungs- und Scheidungsfolgenrechts abzulehnen.

Teilnahme an einer Anhörung der SPD-BT-Fraktion zum Thema: „Den Männern die Arbeitsplätze – den Frauen das Ehrenamt? Wie arbeiten wir morgen?“

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung unterhaltsrechtlicher und anderer Vorschriften (Stand Juni 1984).

Gespräch mit weiblichen Bundestagsabgeordneten und Rechtsexperten der Fraktionen zur Erläuterung der Stellungnahme des djb zum Referentenentwurf zum Unterhaltsrecht.

Presseerklärung: Das neue Rentenrecht benachteiligt berufstätige Frauen.

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines 4. Gesetzes zur Änderung des Jugendwohlfahrtsgesetzes.

### 1985

Teilnahme an einem Hearing der CDU zum Thema „Frauenbeschäftigung und neue Technologien“.

Teilnahme an einer Anhörung der SPD-BT-Fraktion zum Thema: Medizinische, ethische und rechtliche Probleme der künstlichen Befruchtung und der Leihmutterchaft“.

Teilnahme an der Anhörung des BT-Rechtsausschusses am 12.6.1985 zum Unterhaltsänderungsgesetz.

Teilnahme an einer Anhörung der SPD-BT-Fraktion zu den Problemen gemischtnationaler Ehen in der BRD.

### 1986

Stellungnahme zur Verfassungsmäßigkeit der Regelungen des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich (VAHRG) v. 21.3.1983.

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungsausgleichs (Stand 1.10.1985).

Teilnahme an der mündlichen Verhandlung des BVerfG zum schuldrechtlichen Versorgungsausgleich bei Betriebsrenten (VAHRG).

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungsausgleichs (Stand 7. 5.1986).

Stellungnahme zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verbesserung der Stellung der Verletzten im Strafverfahren (Stand Mai 1985) und Teilnahme an einer Anhörung des Bundestagsrechtsausschusses.

Stellungnahme zum Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes der Fraktion Die Grünen (betr. Vergewaltigung in der Ehe) und zum Entwurf eines Gesetzes zum besseren Schutz der Opfer von Sexualdelikten der Fraktion der SPD und Teilnahme an der Anhörung im Bundestagsrechtsausschuss.

Teilnahme an einer Anhörung des BMJ zum Thema „Gewalt gegen Frauen“.

### 1987

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes vom 2.1.1987.

Arbeitsergebnisse und Empfehlungen der Kommission „Arbeitsrecht und moderne Technologien“ zur normativen Erfassung, Einordnung und Gestaltung der Telearbeit.

Gesetzentwurf der Strafrechtskommission zur Reform der sexuellen Gewaltdelikte und Gesetzentwurf zur Reform des Tatbestands der Nötigung.

### 1988

Stellungnahme zum Entwurf eines Schwangerenberatungsgesetzes (federführend: BMJFFG).

Stellungnahme gegenüber dem BVerfG zur Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten in betrieblichen Altersversorgungssystemen.

Stellungnahme zu dem Referentenentwurf eines Gesetzes zur Erweiterung des Umgangsrechts nichtehelicher Väter vom 1.3.1988.

Stellungnahme zum Entwurf eines Übereinkommens über die Rechte des Kindes, ausgearbeitet von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen.

Teilnahme an der mündlichen Verhandlung des BVerfG im Vorlageverfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung des § 1596 Abs. 1 Satz 2 BGB (betr. die Frage, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar ist, daß ein volljähriges Kind seine Ehelichkeit nur unter den in § 1596 BGB genannten Voraussetzungen anfechten kann).

Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Rentenreform 1992 der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP.

Teilnahme an einer Anhörung des BMJFFG zum Referentenentwurf eines Sozialgesetzbuches – Jugendhilfe.

Stellungnahme gegenüber BMJFFG zum Vorschlag für eine Richtlinie des EG-Rates zur Beweislast im Bereich des gleichen Entgelts und der Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

### 1989

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über die Betreuung Volljähriger vom 2.11.1988.

Stellungnahme gegenüber dem BVerfG zu § 611a BGB.

Stellungnahme zum 2. Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauenhäuser.

Stellungnahme aus Anlass der 4. HRG-Novelle (Hochschulrahmengesetz).

Teilnahme an einer Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Das Recht des nichtehelichen Kindes in der Praxis“.

Untersuchung der Gleichstellungskommission des djB über den Stand der Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf, Politik und Gesellschaft; Maßnahmenkatalog.

Stellungnahme zu Entwürfen eines Gleichstellungsgesetzes und eines Antidiskriminierungsgesetzes und Teilnahme an der Anhörung am 24.1.1990 in Berlin.

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Beamtenversorgung.

### 1990

Stellungnahme zum vorläufigen Entwurf eines Gesetzes zum Abbau der Benachteiligung von Frauen im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg – Quotierungsgesetz – und Teilnahme an der Anhörung.

Stellungnahme gegenüber dem BMJFFG zu der Frage, in welchen Bereichen der djB die Möglichkeit und Notwendigkeit sieht, bestehende Benachteiligungen von Frauen durch Gesetzesänderungen abzubauen.

Schreiben an den Bundeskanzler wegen der notwendigen Einbeziehung frauen- und familienpolitischer Aspekte und Überlegungen in das Vertragswerk über die deutsche Einigung.

Stellungnahme zum Referentenentwurf (BMJ) eines Gesetzes zur Verbesserung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz.

Stellungnahme zum Entwurf eines Landesgesetzes zur beruflichen Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst der Fraktion der CDU im Landtag von Rheinland-Pfalz.

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Landesantidiskriminierungsgesetzes Berlin und zum Entwurf der Fraktion Grüne/AL und der SPD.

Vorschläge zur Änderung des Namensrechts.

Thesen des djB zur Reform der Juristenausbildung.

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung über die rechtliche Möglichkeit des Umgangs zwischen Vater und nichtehelichem Kind.

### 1991

djB-Entwurf eines Gesetzes über Beratung in Fragen der Familienplanung und Schwangerschaft sowie zur Regelung von Schwangerschaftskonflikten – Schwangerenhilfe und –beratungsgesetz (SchHBG): Fristenlösung ohne Beratung, aber mit umfassenden flankierenden Maßnahmen.

Instrumentarien zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf:

- tarifliche Musterregelung zur Frauen- und Familienförderung;
- Frauen- und Familienförderplan in Form einer Betriebsvereinbarung;
- Betriebsvereinbarung zur Regelung der Teilzeitbeschäftigung;
- Grundsätze für Teilzeitarbeit in der Verwaltung.

Stellungnahme gegenüber dem BVerfG zu § 19 AZO (Nachtarbeitsverbot).

Vorschläge zur Neuordnung des Familienlastenausgleichs im Steuerrecht.

Presseerklärung zum Gesetzentwurf zur Entlastung der Rechtspflege.

Teilnahme an der Anhörung zu § 218 StGB.

Stellungnahme gegenüber dem BVerfG zur gebotenen Möglichkeit der Beitragsnachentrichtung in der gesetzlichen Rentenversicherung für frühere Beamtinnen.

### 1992

Teilnahme an der mündlichen Verhandlung des BVerfG zur Behandlung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht.

Stellungnahme und Teilnahme an der mündlichen Verhandlung des BVerfG zu der Frage, ob Arbeitslosenhilfe im Wege der Anrechnung des Einkommens eines nichtehelichen Lebenspartners gekürzt werden kann.

## 55 Jahre Stellungnahmen / Pressemitteilungen

Stellungnahme gegenüber dem BVerfG zur Frage der Verfassungsmäßigkeit von § 3 a VAHRG (Geschiedenenwitwenrente aus der Betriebsrente).

djb-Entwurf zur Neuregelung des Kindschaftsrechts.

Vorschläge für Änderungen des Grundgesetzes, insbesondere Art. 2, 3 und 6 GG.

Anregungen zur Ausgestaltung des Gesetzentwurfs zur Pflegeversicherung.

Beteiligung an gemeinsamem Appell von Frauen und Frauenverbänden an das Bundesverfassungsgericht, der zur Entscheidung anstehenden Fristenlösung nicht die Anerkennung zu versagen.

Stellungnahme zu den Entwürfen eines Gesetzes zur Änderung des Sexualstrafrechts (§§ 177 – 179, 184 c StGB), Gesetzentwürfe des Bundesrats und der SPD-Fraktion.

### 1993

Überlegungen der Rentenkommission zu einer verfassungskonformen Regelung der Alterssicherung von Frauen.

1. Presseerklärung zur Entscheidung des BVerfG zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs.
2. Vorschläge der Kommission „Ältere Menschen“ zur Ausgestaltung des Gesetzentwurfs zur Pflegeversicherung.
3. Stellungnahme zu zwei Gesetzentwürfen zur Beschränkung der rechtsgeschäftlichen Haftung Minderjähriger (Hamburg und BMJ).
4. Stellungnahme zum Entwurf eines Landesgleichberechtigungsgesetzes Niedersachsen.
5. Stellungnahme zum Entwurf eines Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes.
6. Stellungnahme zum Entwurf des 2. Gleichberechtigungsgesetzes des Bundes.
7. Stellungnahme ggü. BVerfG zur Verfassungsmäßigkeit von § 32 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 5 – AVG – i.d.F. des Art 2 Nr. 10 – HEZG – (Bewertung von Kindererziehungszeiten beim Zusammentreffen mit beitragsbelegten Zeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung).
8. Presseerklärung zum Gesetzentwurf der FDP-Bundestagsfraktion zur Neuregelung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes.

### 1994

9. Stellungnahme zu Entwürfen für ein Niedersächsisches Gleichberechtigungsgesetz der Fraktionen von SPD/Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU.
10. Stellungnahme ggü. BVerfG zur Ausdehnung des Betreuungsunterhalts für die nichteheliche Mutter, § 1615 I Abs. 2 Satz 2 BGB.
11. Stellungnahme ggü. BVerfG zur Wirksamkeit von Freistellungsvereinbarungen bezüglich Kindesunterhalt.
12. Stellungnahme zum Entwurf eines Frauenberufsförderungsgesetzes für den Freistaat Sachsen (SPD-Fraktion).
13. Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Gleichstellungsgesetzes des Landes Brandenburg.
14. Stellungnahme zu den Entwürfen der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion zur Neuregelung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes.

15. Stellungnahme zum Grundsatzurteil des BGH zum Fortsetzungszusammenhang bei sexuellem Missbrauch (und Serienbetrug).

16. Presseerklärung zum Seminar "Erwerbstätigkeit und Familienarbeit" in Bayreuth.

17. Presseerklärung zur Bestrafung von Kriegsverbrechern aus dem ehemaligen Jugoslawien nach internationalem Recht.

18. Stellungnahme ggü. BVerfG zu Vorlagebeschlüssen und Verfassungsbeschwerden betr. die Feuerwehrabgabe in Baden-Württemberg und die Feuerschutzabgabe in Bayern, die wegen der nur für Männer bestehenden Feuerwehrdienstpflicht auch nur von diesen erhoben wird.

19. Presseerklärung „Bevölkerungspolitische Maßnahmen müssen sich an den Rechten der Frauen orientieren“ zur 3. Weltbevölkerungskonferenz in Kairo.

20. Presseerklärung „Video als zusätzliches Beweismittel“ (Zur Verbesserung der Situation von Opfern sexueller Gewalt).

21. Stellungnahme ggü. BVerfG zum Umfang des zu ersetzenden Schadens bei Geburt eines behinderten Kindes nach fehlerhafter genetischer Beratung.

### 1995

22. Stellungnahme ggü. BVerfG zur Verfassungsmäßigkeit von § 23 Abs. 1 Satz 3 KSchG.
23. Stellungnahme zu „Aufgaben und Rechten kommunaler Gleichstellungsbeauftragter“ (Anhörung des Ausschusses für Gleichstellung des Landtages von Sachsen-Anhalt).
24. Stellungnahme ggü. BVerfG zu der Frage, ob ein gemeinsames elterliches Sorgerecht auch gegen den Willen eines Elternteils angeordnet werden kann.
25. Presseklärungen anlässlich der Pressekonferenz am 20. März 1995 in Bonn:
  - a) Strafrecht (Schwangerschaftsabbruch, Vergewaltigung in der Ehe), Strafprozessrecht (Videoaufnahmen als zusätzliches Beweismittel)
  - b) Familienrecht (KindschaftsR, Großes Familiengericht, Gemeinsames SorgeR)
  - c) Forderungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben.
  - d) Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz 1996
  - e) Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes
  - f) Frauen in Europa (Was sollten Frauen im Hinblick auf Maastricht II fordern?)
  - g) Internationaler Strafgerichtshof für Jugoslawien (Beweisregelung zu Lasten von Frauen geändert).
26. Stellungnahmen ggü. BVerfG zu Verfassungsbeschwerden betr. den Widerruf der Anwaltszulassung nach § 1 Abs. 1 RNPG wegen IM-Tätigkeit für das MfS.
27. Stellungnahme zum Entwurf eines saarländischen Landesgleichstellungsgesetzes.
28. Stellungnahme zu den Verfassungsbeschwerden 1 BvR 229/95, 1 BvR 925/95 sowie 1 BvR 2263/94 (Widerruf der Anwaltszulassung nach § 1 Abs. 1 RNPG wegen IM-Tätigkeit für das MfS).
29. Forderungen für die Regierungskonferenz 1996 auf der Grundlage der Beschlüsse der Teilnehmerinnen des djb-Seminars „FRAUEN HABEN RECHT(E) IN EUROPA“ vom 26.–28. Mai 1995 in München.
30. Pressemitteilung Europarecht: Gleichstellung der Frauen in der EU / Forderungen für die Regierungskonferenz 1996.

31. Stellungnahme zum Gesetzentwurf eines rheinland-pfälzischen Landesgleichstellungsgesetzes.
32. Stellungnahme zum Entwurf eines Sächsischen Frauenberufstätigkeitsförderungsgesetzes der SPD-Fraktion.
33. Stellungnahme ggü. BVerfG zu versch. Verfassungsbeschwerden betr. die Verfassungsmäßigkeit des Pflegeversicherungsgesetzes.
34. Pressemitteilung zur Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe: Konstruktive Kritik an der von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Reform. djb-Vorschlag: Vollstreckungslösung statt Widerspruchsrecht.
36. Presseinformationen über die Berichte der Kommissionen anlässlich der 31. Arbeitstagung vom 05.-08. Oktober 1995 in Schwerin:
- Europarecht/Tarifvertragsrecht: Unvereinbarkeit tarifvertraglicher Regelungen mit dem in Art. 119 EG-Vertrag verankerten Grundsatz des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit
  - Europarecht: Forderungen an die Regierungskonferenz 1996; Gleichstellung endlich als Ziel der Europäischen Union in den EG-Vertrag
  - Gleichstellung: Förderung der Chancengleichheit in der Privatwirtschaft durch öffentliche Anreizsysteme
  - Arbeitsrecht: Telearbeit, Digital Homeworking, Telecommuting
  - Gentechnologie: Fortpflanzungsmedizin/Versicherungsrecht und Genomanalyse
  - Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz 1996
  - Musterklageschrift des djb betr. Kindergartenplatz.
36. Berichte der Kommissionen und Arbeitsstäbe des djb anlässlich der 31. Arbeitstagung vom 5.-8. Oktober 1995 in Schwerin (jetzt zusammengefasst in der Dokumentation der 31. Arbeitstagung).
37. Pressemitteilungen über die auf der 31. Arbeitstagung gefassten Beschlüsse
- djb fordert geschlechtsparitätische Besetzung des Bundesverfassungsgerichts,
  - djb lehnt die von der Regierungskoalition vorgeschlagene Widerspruchsregelung bei ehelicher Vergewaltigung entschieden ab.
38. Pressemitteilung zum Urteil des EuGH über die Vereinbarkeit des bremischen Landesgleichstellungsgesetzes mit Gemeinschaftsrecht.
39. Stellungnahme zu den Entwürfen eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Vergewaltigung in der Ehe.
40. Pressemitteilung: djb fordert Änderung des Pflegeversicherungsgesetzes.
41. Stellungnahme zum Referentenentwurf der Rechtsverordnung zur Durchführung von § 14 Landesgleichstellungsgesetz Brandenburg – Frauenförderverordnung –.
42. Pressemitteilung: Sexuelle Gewalt gegen Frauen im Krieg muss endlich ausdrücklich als Kriegsverbrechen geächtet werden.
43. Pressemitteilung zum Urteil des EuGH betr. den Ausschluss der geringfügig Beschäftigten aus der Sozialversicherung.

## 1996

44. Stellungnahme zum Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Frauenförderungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt.
45. Zusammenfassung der Ergebnisse des Seminars des djb zu Gesetzentwürfen im Familienrecht vom 1.-3. März 96 in Bonn.
46. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform des öffentlichen Dienstrechts.

47. Pressemitteilung zum Koalitionsentwurf zur Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung.
- 48a. Stellungnahme zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Frauenförderungsgesetzes der Landesregierung von Sachsen-Anhalt sowie zum Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur Beseitigung beruflicher Benachteiligung von Frauen im Öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt der Fraktion der PDS im Landtag Sachsen-Anhalt.
48. Pressemitteilung: djb gegen vorzeitige Erhöhung des Rentenalters für Frauen.
49. Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts sowie weiterer Vorschriften.
50. Offener Brief an die Fraktionen im Deutschen Bundestag, die Gruppe der PDS, die weiblichen Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen zur Einbeziehung der ehelichen Vergewaltigung in die Straftatbestände der §§ 177 ff StGB.
51. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Unterhaltsrechts minderjähriger Kinder.
52. Presseerklärung anlässlich des 61. Deutschen Juristentages in Karlsruhe.
53. Pressemitteilung zur Vergewaltigung in der Ehe. djb fordert Bundestag auf, dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses zur Streichung der Widerspruchsregelung zuzustimmen.
54. Vorschläge der Kommission Familienlastenausgleich des djb auf der Grundlage der Beschlüsse der Teilnehmerinnen des Seminars „Familienlastenausgleich oder Ausgleich des Staatshaushaltes zu Lasten von Familien?“ vom 27.-29. September 1996 in Bad Honnef.
55. Stellungnahme zum Entwurf eines „Menschenrechts-übereinkommens zur Biomedizin“ des Europarates.
56. Stellungnahme ggü. BVerfG zu der Frage: Können im Wege des Versorgungsausgleichs übertragene Rentenanwartschaften die erforderlichen Beiträge für eine versicherungspflichtige Beschäftigung ersetzen?

## 1997

57. Pressemitteilung zum Regierungsentwurf eines Arbeitsförderungs-Reform-Gesetzes (AFRG).
58. Pressemitteilung zum Beschluss des Verwaltungsgerichts des Saarlandes, mit dem § 13 des Saarl. LGG für verfassungswidrig erklärt wurde.
59. Stellungnahme ggü. BVerfG zum bayer. Schwangerenhilfenergänzungsgesetz. Der djb vertritt die Auffassung, dass dem bayerischen Gesetzgeber die Gesetzgebungskompetenz zur (Wieder)-Einführung eines behördlichen Zulassungsverfahrens für ambulante Schwangerschaftsabbruchpraxen fehle.
60. Landesgruppe Bayern des djb: Presseerklärung und Schreiben an die Mitglieder des Bayerischen Landtages zum Bayerischen Schwangerenberatungs- und Schwangerenhilfenergänzungsgesetz.
61. Presseerklärung: djb gegen zwangsweise Rückführung von bosnischen Kriegsflüchtlingen.
62. Presseerklärung zum EuGH-Urteil betr. Schadensersatz wegen Diskriminierung bei Bewerbungen. Der djb begrüßt das Urteil und mahnt zügige Neuregelung durch Gesetzgeber an.
63. Pressemitteilung: djb begrüßt den Beschluss des Deutschen Bundestages zur Vergewaltigung in der Ehe.
64. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts (KindRG) und zum Entwurf eines Gesetzes zur

## 55 Jahre Stellungnahmen / Pressemitteilungen

Abschaffung der gesetzlichen Amtspflegschaft und Neuordnung des Rechts der Beistandschaft.

65. Stellungnahme zum Vergaberechtsänderungsgesetz (Referentenentwurf Stand 20. April 1997, (korr.).

66. Pressemitteilung zur Reform der Juristenausbildung: djB kritisiert Vorschläge zur Abschaffung der einheitlichen Ausbildung.

67. Thesen zur Reform der Juristenausbildung mit ausführlicher Begründung.

68. Berichte der Kommissionen und Arbeitsstäbe des djB anlässlich des 32. Kongresses vom 11.–14. September 1997 in Augsburg (jetzt zusammengefasst in der Dokumentation des 32. Kongresses).

69. Appell an die Mitglieder des Deutschen Bundestages zur Reform des Kindschaftsrechts.

70. Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Arbeitsgerichtsgesetzes, §§ 611 a BGB, 61 b, 98 ArbGG.

71. Stellungnahme zu den Schlussanträgen des Generalanwalts Francis G. Jacobs in der Rechtssache Marschall.

72. Pressemitteilung zum EuGH-Urteil zur nordrhein-westfälischen Quotenregelung.

### 1998

73. Offener Brief an die Fraktionen im Deutschen Bundestag, die Gruppe der PDS, die weiblichen Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen zu den Gesetzentwürfen zum sog. großen Lauschangriff.

74. Forderungen zur Errichtung eines Permanenten Internationalen Strafgerichtshofs.

75. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Versorgungsberichts (Versorgungsreformgesetz 1998).

76. Pressemitteilung: Zeugenschutz, Verletztenrechte im Strafprozess, Gesetzentwurf des djB zur Reform der Nebenklage, Ergebnisse des Seminars des djB am 27.02.1998 in Bonn.

77. Pressemitteilung zur Einigung des Vermittlungsausschusses über das Zeugenschutzgesetz: djB kritisiert das Zeugenschutzgesetz.

78. Pressemitteilung: Kritik des djB an verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen im Hinblick auf die Marschall-Entscheidung des EuGH zur Frauenförderung.

79. Pressemitteilung zum Vergaberechtsänderungsgesetz: djB fordert Öffnungsklausel für landesgesetzliche Regelungen.

80. Stellungnahme zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

81. Stellungnahme zum Stand der Verhandlungen über die Errichtung eines Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs (ICC).

82. Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gleichstellungsgesetzes.

83. Gemeinsame Erklärung verschiedener Frauenverbände und -zusammenschlüsse zu den jüngsten Reformen des Sexualstrafrechts.

84. Pressemitteilung: Gemeinsame Erklärung zu den jüngsten Reformen des Sexualstrafrechts.

85. Pressemitteilung zur Praxis der genitalen Verstümmelung von Frauen und Mädchen. djB fordert konkrete Initiativen mit Signalwirkung.

86. Pressemitteilung zur Zusammenlegung des Innen- und Justizministeriums in Nordrhein-Westfalen. Der djB hat die Zusammenlegung mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen.

87. Pressemitteilung zur Einführung einer Gen-Datei.

88. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen.

89. Pressemitteilung anlässlich der Jubiläumsveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen des djB: „Viel erreicht – noch viel zu tun“.

90. Pressemitteilung zur Gründung eines europaweiten Netzwerkes durch deutsche und britische Juristinnen anlässlich des Festaktes zum 50-jährigen Bestehen des djB.

91. Forderungskatalog des djB an die neue Bundesregierung und Aufruf zur Beseitigung der Nachteile für Frauen.

92. Pressemitteilung zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Bayerischen Schwangerenhilfereergänzungsgesetz. djB: Bayerischer Sonderweg bei der Abtreibung landet in einer Sackgasse.

93. Pressemitteilung: djB fordert eine klare Lösung für Geringverdiener.

94. Pressemitteilung: Konzept des Bundesarbeitsministers zur Neuregelung der versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse. djB: Riesters Vorschläge gehen wieder zu Lasten von Frauen.

95. Pressemitteilung: djB: Deutliche Senkung der Sozialbeiträge wird möglich durch uneingeschränkte Einbeziehung der Geringverdiener in die Sozialversicherung.

96. Pressemitteilung: djB fordert von der Amtskirche mehr Sachlichkeit in der Diskussion um die Zulassung der RU 486.

### 1999

99-1 Presseerklärung: djB: Pläne der Bundesregierung zur Regelung der versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse verstoßen gegen EU-Recht.

99-2 Stellungnahme der Strafrechtskommission des djB zum (Referenten-) Entwurf eines Gesetzes zur strafverfahrensrechtlichen Verankerung des Täter-Opfer-Ausgleichs. (Stand: 27. Nov. 1998).

99-3 Pressemitteilung: Änderungen der 630-Mark-Novelle sind nicht sachgerecht.

99-4 Pressemitteilung: djB unterstützt Schipanski für das Amt der Bundespräsidentin.

99-5 Pressemitteilung zur Neubesetzung der Europäischen Kommission: djB appelliert an die Bundesregierung, ausschließlich Frauen zu benennen.

99-6 Forderungen der Europakommission des djB unter Mitwirkung der Regionalgruppe Brüssel zu institutionellen Reformen in der Europäischen Union anlässlich des bevorstehenden Beitritts weiterer Staaten.

99-7 Pressemitteilung zum Gleichberechtigungsgesetz des Landes Hessen anlässlich der Schlussanträge des Generalanwalts in der EuGH-Sache C-158/97 am 10.6.1999.

99-8 Stellungnahme der Kommission „Ältere Menschen“ zum Vorentwurf eines Übereinkommens über den Schutz betreuungsbedürftiger Erwachsener der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht.

99-9 Pressemitteilung zur Entscheidung der Bischöfe, die Beratungsbescheinigungen mit einem Zusatz zu versehen, wonach diese nicht für einen straflosen Schwangerschaftsabbruch genutzt werden dürfen. djB: Entscheidung der katholischen Bischöfe ohne rechtliche Relevanz.

99-10 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) zur Vorbereitung der öffentlichen Experten-Anhörung des Landtags NRW am 20.08.1999.

99-11 Pressemitteilung: djB: Keine Pflichtberatung bei medizinischer Indikation.

99-12 Offener Brief an die Justizminister der Länder Hessen und Baden-Württemberg sowie die Justizsenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg zu den von diesen angekündigten Modellversuchen zur Einführung der elektronischen Fußfessel. Der djB fordert begleitend zu den Modellprojekten die Ausschreibung einer wissenschaftlichen Untersuchung, die die Auswirkungen auf das familiäre und soziale Umfeld empirisch überprüft.

99-13 Pressemitteilung zum o.g. Offenen Brief des djB (99-12): Entlastung der Gefängnisse auf Kosten der Familien?

99-14 Stellungnahme zu den Verfahren 1 BvR 514/97 und 1 BvR 2069/98 wegen Versagung bzw. Entzug der Anwaltszulassung insbesondere zur Problematik der Wohlverhaltensprüfung.

99-15 Gesetzentwurf der Kommission Ältere Menschen des djB zum ärztlichen Behandlungsvertrag unter besonderer Berücksichtigung der Patientenrechte und unter Einbeziehung der Sterbebegleitung.

99-16 Pressemitteilung anlässlich des 33. Kongresses vom 16.-18. September 1999 in Magdeburg zu dem von der djB-Kommission Ältere Menschen vorgelegten Gesetzentwurf zum ärztlichen Behandlungsvertrag.

99-17 Pressemitteilung anlässlich des 33. Kongresses vom 16.-18. September 1999 in Magdeburg zum Festvortrag der Vizepräsidentin des Bundesverwaltungsgerichts, Dr. Ingeborg Franke: „Rechtsvereinfachung durch weniger, dafür aber bessere Gesetze“.

99-18 Pressemitteilung anlässlich des 33. Kongresses vom 16.-18. September 1999 in Magdeburg zur Wahl des Bundesvorstandes: „Generationswechsel beim djB – Die bisherige Vorsitzende Prof. Ursula Nelles sorgt für Kontinuität“.

99-19 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Verbesserung von Kinderrechten (Kinderrechteverbesserungsgesetz – KindRVerbG) – BR-Drs. 369/99.

99-20 Pressemitteilung zum Entwurf einer neuen „Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien“: djB fordert Bundesminister Schily auf, die Beteiligung des Frauenministeriums im Gesetzgebungsverfahren nicht willkürlich zu streichen.

99-21 Stellungnahme der Landesgruppe Niedersachsen zum niedersächsischen Gesetz über Altersteilzeit im Dienstrecht.

99-22 Stellungnahme zur Einführung von Altersteilzeit: djB lehnt die Einführung der Altersteilzeit mit einem Zuschlag zu den Nettodienstbezügen wegen Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG) ab.

99-23 Pressemitteilung zu Genmanipulation: Nurmehr männlicher Nachwuchs?

99-24 Presseerklärung: Am Tag der Menschenrechte ein Schritt der Vereinten Nationen gegen die Diskriminierung der Frau (Fakultativprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Diskriminierung der Frau von 1979).

99-25 Statement regarding Germany's state party reports nos. 2-3 and 4 for the 22nd session of the Committee on the Elimination of Discrimination against Women.

## 2000

00-1 Stellungnahme im Verfahren 1 BvR 1036/99 (Verfassungsbeschwerde) gegen die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.2.1999 (3 C 10/98) zur Frage der Zulässigkeit eines Vollzeitfordernisses in der ärztlichen Aus- und Weiterbildung.

00-2 Pressemitteilung zur Regierungskonferenz 2000: djB fordert mehr Demokratie und Frauenbeteiligung in der Europäischen Union.

00-3 Pressemitteilung zur Gründung einer Europäischen Juristinnenvereinigung: Europäische Juristinnen auf dem Vormarsch.

00-4 Stellungnahme zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (Stand 1. Februar 2000).

00-5 Pressemitteilung über den Kongress zur Gründung einer Europäischen Juristinnenvereinigung EWLA (European Woman Lawyers Association) vom 17.-19. März 2000 in Berlin.

00-6 Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform des Zivilprozesses (Stand 23.12.1999).

00-7 Pressemitteilung: Europäische Juristinnenkonferenz zum Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder.

00-8 Stellungnahme der Europa-Kommission des djB zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

00-9 Pressemitteilung zum Rentenkonzept der Bundesregierung: djB warnt vor nachteiligen Folgen der geplanten privaten Zusatzversicherung für Frauen.

00-10 Gesetzentwurf der Kommission „Ältere Menschen“ zum ärztlichen Behandlungsvertrag unter besonderer Berücksichtigung der Patientenrechte und unter Einbeziehung der Sterbebegleitung.

00-11 Stellungnahme zur Neufassung des Heimgesetzes.

00-12 Pressemitteilung: Krankenkassen müssen Riester Rentenpläne mitfinanzieren. Die „Dritte Säule“ in der Rentenversicherung erhöht die Sozialbeiträge.

00-13 Pressemitteilung: djB stellt Gegenmodell zum Rentenkonzept der Bundesregierung vor.

00-14 Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Regelung von Rechtsfragen auf dem Gebiet der internationalen Adoption vom 3.1.2000.

00-15 Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehwohnung bei Trennung.

00-16 Stellungnahme zur Pflegeversicherung in den Verfahren:

1 BvR 1629/94, 1 BvR 1681/94,  
1 BvR 2491/94, 1 BvR 24/95,  
1 BvR 2014/95, 1 BvR 81/98  
(Langfassung).

00-16 a Stellungnahme im Verfahren zur Pflegeversicherung vor dem Bundesverfassungsgericht am 4. Juli 2000 (Kurzfassung).

00-17 Stellungnahme zu den Entwürfen der Fraktion der PDS vom 08.12.1999 und der Fraktion der SPD vom 02.02.2000 zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen (SächsFFG) vom 31.03.1994.

00-18 Stellungnahme in den Verfahren 1 BvR 355/00, 1 BvR 409/00, 1 BvR 674/00 (Verfassungsbeschwerden gegen Versagung der Umwandlung eines über dem 11/2-fachen des Regelbetrags liegenden Altstitels in einem dynamisierungsfähigen Titel gemäß Art. 5 § 3 Abs. 1 KindUG).

## 55 Jahre

### Stellungnahmen / Pressemitteilungen

00-19 Stellungnahme der Kommission Europa des djB zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Stand 15. August 2000 (vgl. auch die grundlegende Stellungnahme Nr. 00-08).

00-20 Pressemitteilung: 89 % der befragten djB-Mitglieder halten die Prostitution nicht für sittenwidrig.

00-21 Pressemitteilung: Rentenreform 2000 – djB entwirft kostenneutrales Gegenmodell für eine eigenständige Alterssicherung der Frau.

00-22 djB-Modell für eine geschlechtergerechte Rentenreform (Kommission Familienlastenausgleich des djB).

00-22a Pressemitteilung: djB-Formular Patientenverfügungen und Vorsorgevollmacht.

00-23 Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen des Landtages Rheinland-Pfalz vom 14.09.1999 – Drucksache 13/4666 – Frauenförderung durch Auftragsvergabe – Schritte zur tatsächlichen Gleichberechtigung im Rahmen der öffentlichen Anhörung vor dem Ausschuss für Frauenfragen des Landtages Rheinland-Pfalz am 28. November 2000.

00-24 Stellungnahme in den Verfahren 1 BvL 23/96, 1 BvR 152/95 u.a. (zur Frage der Verfassungsmäßigkeit von § 1616 Abs. 2 BGB a.F. / § 1617 Abs. 1 BGB n.F. – Ausschluss eines Doppelnamens für das Kind – und von § 1355 Abs. 2 BGB – Ausschluss eines echten Doppelnamens als gemeinsamer Ehepartner).

00-25 Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens – Drucksache 14/4595 – und zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Verbesserung der Nachhaltigkeit in der Alterssicherung durch eine gerechte und sozialverträgliche Rentenpolitik – Drucksache 14/1310 – im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung am 11. Dezember 2000.

00-26 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz – DGleiG) – Stand 3.11.2000.

00-27 Stellungnahme der Kommission Europa und des Arbeitsstabs Arbeits- und Wirtschaftsrecht des djB zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG.

#### 2001 – Pressemitteilungen

01-13 Pressemitteilung: djB fordert Nachbesserungen beim Job-AQTIV-Gesetz.

01-12 Pressemitteilung: Zuwanderungsgesetz übergeht Frauen – djB plädiert gegen übereiltes Gesetzgebungsverfahren.

01-11 Pressemitteilung: Margret Diwell zur ersten djB-Präsidentin gewählt.

01-10 Pressemitteilung: djB fordert Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten ab der ersten Mark.

01-09 Pressemitteilung: Zuwanderungskommission übergeht Frauen.

01-08 Pressemitteilung zur Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft.

01-07 Pressemitteilung: djB begrüßt die Entscheidung des BGH zur Berechnung des nahehelichen Unterhalts.

01-06 Pressemitteilung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Zweites Gesetz zur Familienförderung. djB fordert Nachbesserungen für Frauen und Familien durch ein schlüssiges Konzept des Kinderlastenausgleichs.

01-05 Pressemitteilung zu den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts in den Verfahren 1 BvR 1629/94 u.a. zur Pflegeversicherung vom 3. April 2001. djB warnt vor Überinterpretation der Urteile des BVerfG.

01-04 Pressemitteilung zu den Vorschlägen der CDU, von allen Männern genetische Fingerabdrücke in einer Gen-Datei zu speichern.

01-03 Pressemitteilung zum Offenen Brief an die Senatorinnen Sager und Peschel-Gutzeit in Sachen Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt.

01-02 Pressemitteilung zu den Schlussanträgen des Generalanwalts Siegbert Alber vom 22.02.01 in der beim EuGH anhängigen Rechtssache C-366/99.

01-01 djB fordert geschlechterneutrale Tarife für die private Altersvorsorge.

#### 2001 – Stellungnahmen

01-01 Stellungnahme in dem Verfahren 1 BvR 1275/97 (Verfassungsbeschwerde gegen die BarwertVO).

01-02 Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehwohnung bei Trennung (Stand: 13.12.2000).

01-03 Stellungnahme zu Änderungsanträgen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG) – Ausschussdrucksache 14/1151 – (insbesondere: Vorschlag für geschlechtergerechte Tarife in der freiwilligen kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge).

01-04 Stellungnahme zum Urteil des BVerfG vom 06.02.2001 – 1 BvR 1292 – (zur Frage der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Eheverträgen).

01-05 Stellungnahme zum Verfahren vor dem BVerfG 1 BvR 789/96 (zur Problematik der Geschiedenenwitwenrenten in den neuen Bundesländern).

01-06 Offener Brief an die Senatorinnen Sager und Peschel-Gutzeit in Sachen Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt.

01-07 Stellungnahme zu den Verfahren vor dem BVerfG 1 BvR 105/95, 1 BvR 559/95, 1 BvR 457/96 (Berechnungsmethode des nahehelichen Unterhalts).

01-08 Stellungnahme zum Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

01-09 Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem BVerfG 1 BvR 1493/96 (Umgangsrecht des biologischen Vaters mit dem als ehelich geltenden Kind).

01-10 Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem BVerfG 1 BvR 2298/94 (Berechnung des Geschiedenenunterhalts).

01-11 Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem BVerfG 1 BvR 108/96 (Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG, Art. 103 Abs. 1 GG, Art. 15 EGBGB, Art. 220 Abs. 3 EGBGB – Wahl der anzuwendenden Rechtsordnung).

01-12a Stellungnahme zur Rolle der Sozialpartner bei der Rechtssetzung im Bereich der Sozialpolitik – Vorschläge zur Reform des Sozialen Dialogs.

01-12b Informal translation of the opinion of djB adopted by the Commission on European Affairs of djB concerning the reform of social dialogue on Community level.



- 01-13 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Personenstandsgesetzes (BT-Drs. 14/4425).
- 01-14 Stellungnahme zum Konzept der Familienoffensive der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (im Rahmen der fraktionsoffenen Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 31.5.2001).
- 01-15 Stellungnahme zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Familienförderung (BT-Drucksache 14/6160) – Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages.
- 01-16 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung (Drs. 14/5429 – Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 20.6.2001).
- 01-17 Stellungnahme zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Prostituierten (Drs. 14/5958) und zum Entwurf eines Gesetzes zur beruflichen Gleichstellung von Prostituierten und anderer sexueller Dienstleistender (Drs. 14/4456) – Anhörung des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 20.6.2001.
- 01-18 Stellungnahme der Kommission Europa zum Protokoll Nr. 12 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).
- 01-19 Stellungnahme zu dem Vorlageverfahren 1 BvL 20/99 und den Verfassungsbeschwerdeverfahren 1 BvR 1028/99, 1 BvR 1248/99, 1 BvR 1805/00, 1 BvR 2095/00 sowie 1 BvR 933/01 vor dem BVerfG zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit der §§ 1626 a, 1672 BGB – Alleinsorge der „nichtehelichen“ Mutter.
- 01-20 Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz).
- 01-21 Stellungnahme zum Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzrechts, Referentenentwurf Stand 1. August 2001.
- 01-22 Stellungnahme zu der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 193/97 – aus der Vorehe erworbener Ehefrau als neuer Ehefrau.
- 01-23 Stellungnahme zum Entwurf einer Ersten Verordnung zur Durchführung des Betriebsverfassungsgesetzes (Wahlordnung – WO).
- 01-24 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente („Job-Aktiv-Gesetz“, BT-Drucksache 14/6944) – Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages am 15. Oktober.
- 01-25 Stellungnahme aus Anlass der öffentlichen Anhörung der Ausschüsse für Frauenpolitik (FF), für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform und für Kinder, Jugend und Familie des Landtags NRW zum Thema „Häusliche Gewalt“ am 25./26. Oktober 2001 in Düsseldorf.
- 01-26 Stellungnahme zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG – Annex.
- 01-26e Statement Concerning Directive 76/207/EEC – Annex – informal translation.
- 01-27 Stellungnahme des djB zur Debatte über die Zukunft Europas.
- 01-27e Statement of the djB concerning the debate on the future of Europe – informal translation.
- 01-28 Stellungnahme zur Lage in Afghanistan.
- 01-29 Stellungnahme zum Entwurf der Elterzeitlandesverordnung Mecklenburg-Vorpommern.

## 2002 – Pressemitteilungen

- 02-01 Pressemitteilung zum Ausschluss von Doppelnamen für Kinder (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1 BvL 23/96 vom 30.1.2002).
- 02-02 Pressemitteilung: Juristinnenbund unterstützt Verfassungsbeschwerden der Alleinerziehenden und fordert schnelle gesetzliche Korrekturen.
- 02-03 Pressemitteilung: Konvent. djB fordert mehr Demokratie sowie Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern in der Europäischen Union.
- 02-04 Pressemitteilung zum Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern des BMFSFJ vom 24. April 2002.
- 02-05 Pressemitteilung anlässlich der Verabschiedung der Richtlinie des Rates und des Europäischen Parlamentes zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG (Gleichbehandlungs-Richtlinie).
- 02-06 Pressemitteilung zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission: djB warnt vor frauenpolitischen Verschlechterungen durch Hartz-Vorschläge.
- 02-07 Pressemitteilung zur Vorstellung der Vorschläge der Hartz-Kommission: djB kritisiert das Verfahren der Hartz-Kommission und fordert frauenpolitische Korrekturen.
- 02-08 Pressemitteilung zum Koalitionsvertrag: Juristinnenbund fordert die Umgestaltung des Ehegattensplittings zu einer Individualbesteuerung.
- 02-09 Pressemitteilung: Offener Brief an die Bundesregierung und den Bundestag: Arbeitslose Frauen – erste Verliererinnen der Wahl
- 02-10 Pressemitteilung: Zuwanderungsgesetz nichtig – der djB nimmt Stellung.

## 2002 – Stellungnahmen

- 02-01 Stellungnahme zum Entwurf eines Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin des Europarates, hier: Zusatzprotokoll zur Biomedizinischen Forschung nebst Entwurf eines Erläuternden Berichts.
- 02-02 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 14/7387 vom 8. November 2001).
- 02-03 Stellungnahme zum Entwurf der Richtlinien über die dienstliche Beurteilung der Beamten und Arbeitnehmer des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Beurteilungs-Richtlinien – BeurRL).
- 02-04 Stellungnahme zum Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Verhinderung von Diskriminierungen im Zivilrecht (Stand 10.12.2001).
- 02-05 Stellungnahme zum Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Bundesdisziplinargesetz (BDGAG M-V), Az: III 101/2030- 8 SH/2
- 02-06 Stellungnahme zum Haager Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 (Kinderschutzübereinkommen), Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über die elterliche Verantwortung (KOM 2001 505 endg. vom 6. September 2001), Entwurf einer Verordnung des Rates über die gegenseitige Vollstreckung von Entscheidungen über das Umgangsrecht.
- 02-07 Stellungnahme zur Berücksichtigung sozialer Belange bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Mitteilung der Kommission über die Auslegung des gemeinschaftlichen Vergaberechts und die Mög-

## 55 Jahre Stellungnahmen / Pressemitteilungen

lichkeiten zur Berücksichtigung sozialer Belange bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 15. Oktober 2001 (KOM (2001) 566 endg.). Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge, Dienstleistungsaufträge und Bauaufträge vom 10. Mai 2000 (KOM (2000) 275 endg.).

02-07e Statement concerning the integration of social considerations into public procurements. Interpretative communication of the Commission on the Community law applicable to public procurement and the possibilities for integrating social considerations into public procurement, 15 October 2001 (COM (2001) 566 final). Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on the coordination of procedures for the award of public supply contracts, public service contracts and public works contracts, 10 May 2000 (COM (2000) 275 final).

02-08 Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung zu dem Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes – BT-Drs. 14/8286, hier: zum Änderungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Streichung des 32 Abs. 7 Satz 6 EstG.

02-09 Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Hessischen Landtages am 29. Mai 2002, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der F.D.P. für ein Gesetz zum effektiveren Schutz der Bevölkerung vor häuslicher Gewalt – Drucks. 15/3650 –. Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Hessisches Gesetz zur Verbesserung des Schutzes vor häuslicher Gewalt – Drucks. 13/3583 –. Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung – Drucks. 13/3640–.

02-10 Stellungnahme zum geänderten Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Rates betreffend das Recht auf Familienzusammenführung vom 30. April 2002 (KOM (2002) 225 endg.).

02-11 Offener Brief an den Vorsitzenden der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, Dr. Peter Hartz.

02-12 Stellungnahme zum Schreiben des BMJ vom 27. Juni 2002. Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über die elterliche Verantwortung. Neuer Kommissionsvorschlag vom 3. Mai 2002.

02-13 Stellungnahme zur Reform des Verfahrens der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, BMJ R A 5 – 3800/9 III – 6 – R5 426/2002.

02-14 Offener Brief an die Bundesregierung: Arbeitslose Frauen werden erste Verliererinnen der Wahl.

02-15 Stellungnahme zu den BVerfG-Verfahren 1 BvL 20/99 und 1 BvR 933/01, mündliche Verhandlung am 19. November 2002.

02-16 Schreiben an das Bundesministerium der Justiz vom 20. November 2002: Betr. I A 3 – 3460/10-20, Reform des Versorgungsausgleichs – Ausgleich nicht volldynamischer Anrechte im Sinne von § 1587 a Abs. 3 Nr. 2, Abs. 4 BGB nach dem Unwirksamwerden der Barwert-VO mit dem 1.1.2003.

### 2003 – Pressemitteilungen

03-01 Pressemitteilung: Vorentwurf des Verfassungsvertrages der Europäischen Union benennt die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht als Ziel der Union.

03-02 Pressemitteilung: Stellungnahme des djB zur Gleichstellung von Frauen und Männern in einer europäischen Verfassung.

03-03 Pressemitteilung: Steuerpolitische Forderungen aus Frauensicht. Zugleich Replik auf Interview von Bundesministerin Renate Schmidt mit der Frankfurter Rundschau, 27.2.2003.

03-04 Pressemitteilung zu den Ergebnissen der Rürup-Kommission vom 9. April 2003.

03-05 Pressemitteilung: Kompromiss zur Gesundheitsreform – kein großer Wurf, sondern eine große Enttäuschung.

03-06 Pressemitteilung zum geplanten Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission zur Gleichstellung der Geschlechter.

03-07 Pressemitteilung: djB-Formular Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht.

### 2003 – Stellungnahmen

03-01 Stellungnahme des djB zum Vorentwurf des Verfassungsvertrages, Gleichstellung von Frauen und Männern.

03-01e Reflexionspapier zur Stellungnahme 03-01: Furthering Equality, especially Gender Equality, in the European Union. Contribution by the German Women Lawyer's Association to the European Convention – explanatory memorandum.

03-02 Stellungnahme zum Verfahren 1 BvR 774/02.

03-03 Stellungnahme der Strafrechtskommission des djB zu den Entwürfen zur Reform des Sexualstrafrechts.

03-04 Stellungnahme der Strafrechtskommission des Deutschen Juristinnenbundes zur geplanten Novellierung der Straftatbestände im Bereich Menschenhandel.

03-05 Forderungen des Deutschen Juristinnenbundes (djB) zur Beseitigung des Pflegekräftemangels.

03-06 Stellungnahme zu einer Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum zivilrechtlichen Antidiskriminierungsgesetz.

03-07 Forderungen des Deutschen Juristinnenbundes zur Gesundheitsreform.

03-08 Stellungnahme zu den Vorschlägen des Präsidiums des Konvents zu einem Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts (CONV 614/03).

03-09 Stellungnahme zum Gesetzesänderungsentwurf zu Verbesserungen der Verfahren und der Durchsetzung familiengerichtlicher Anordnungen im Anwendungsbereich des SorgeRückAG und AVAG.

03-10 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Übergangsregelung zum Kindschaftsrechtsreformgesetz für nicht verheiratete Eltern.

03-11 Stellungnahme zum Entwurf der Landesverordnung über die Nebentätigkeit der Beamten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Nebentätigkeitslandesverordnung – NLVO M-V).

03-12 Stellungnahme zum Umsetzungsbedarf der Richtlinien 2002/73/EG, 2000/43/EG und 2000/78/EG im Rahmen des öffentlichen Fachgesprächs der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 10.7.2003 in Berlin.

03-13 Stellungnahme zu Art. 3 Änderung des Landesrichtergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

03-14 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sanktionenrechts (Referentenentwurf für einen Gesetzentwurf der Bundesregierung; Stand: Juni 2003).

03-15 Stellungnahme zu dem Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Betreuungsrecht“.

03-16 Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über die Anfechtung der Vaterschaft und das Umgangsrecht von Bezugspersonen des Kindes (Beschluss des BVerfG vom 9. April 2003; GZ: 1 BvR 1493/96, 1 BvR 1724/01).